EU-Steuerpläne: Konzerne können weiter tricksen

EU-Steuerpläne: Konzerne können weiter tricksen

EU-Kommission bietet Großunternehmen das Beste aus zwei Welten
Für Attac und das Tax Justice Network (TJN) bietet der heute präsentierte Aktionsplan der EU-Kommission zur Konzernbesteuerung zwar eine in Teilen begrüßenswerte Problemanalyse, die politischen Maßnahmen bleiben jedoch völlig unzureichend. "Die EU-Kommission hält weiter an der lückenhaften internationalen Besteuerung von Konzernen fest. Zudem wird mit Patentboxen und der Möglichkeit grenzüberschreitender Verlustverrechnung der innereuropäische Steuerwettbewerb durch die Hintertür weiter angeheizt", sagte Karl-Martin Hentschel von der bundesweiten Attac-Arbeitsgruppe Steuern und Finanzmärkte (1).
+ Gemeinsame Bemessungsgrundlage mit großen Schwächen
Die geplante stufenweise Einführung einer gemeinsamen Körperschaftssteuer-Bemessungsgrundlage (GKKB) sei grundsätzlich zu begrüßen, habe aber große Schwächen. "Die GKKB macht nur Sinn, wenn sie mit verpflichtenden Mindeststeuersätzen kombiniert wird", kritisierte Markus Henn, ebenfalls aktiv in der Attac-AG Finanzmärkte und Steuern.
Die EU-Kommission will bei der GKKB zudem nur die EU-Teile eines Konzerns berücksichtigen. Damit sind außereuropäische Steueroasen-Deals und Tätigkeiten in Entwicklungsländern ausgenommen. "Dies ist in etwa so, also würde man einen Hühnerstall mit einem VIP-Eingang für Füchse bauen", stellte Markus Meinzer vom Tax Justice Network fest. Für ihn bietet die Kommission den Konzernen mit den GKKB-Plänen das Beste aus zwei Welten: "Konzerne dürfen künftig Verluste grenzüberschreitend verrechnen, müssen aber ihre Gewinne nicht nach einer Formel auf die EU-Mitgliedsstaaten zerlegen. Auch wenn es ein Fortschritt ist, dass Konzerne künftig nicht mehr zwischen altem und neuem System wählen dürfen - ihre effektive Steuerleistung dürfte weiter sinken."
+ Auch Patentboxen helfen Steuern sparen
Auch die Kommissions-Pläne zu den so genannten Patentboxen sind aus Sicht von Attac und TJN blauäugig. Markus Henn: "Patentboxen münden immer in eine niedrigere Bemessungsgrundlage und niedrigere Gesamtbesteuerung der Unternehmen. Das britische Finanzministerium schätzte 2010, dass die Patentbox Großbritannien Steuerverluste von jährlich 1,1 Milliarden Pfund bringt. Auch scheinbare Verbesserungen wie der 'Nexus-Ansatz' lösen die Probleme nicht". (2)
+ Noch weiter Weg zu Steuergerechtigkeit bei Konzernen
Eine gerechtere und transparente Besteuerung von Konzernen kann nach Meinung von Attac und Tax Justice Network nur durch eine Gesamtbesteuerung für Konzerne ("unitary taxation") erreicht werden.
Dabei werden Großkonzerne als globale Einheit besteuert. Sie müssen auf Grundlage eines gemeinsamen Berichts aller Tochterunternehmen ihre Tätigkeiten und Gewinne weltweit ausweisen. Die Gewinne werden mit einem Umlageschlüssel auf die einzelnen Länder aufgeteilt, zum Beispiel basierend auf den Variablen Lohnzahlungen, Sachanlagen und Umsatz.
Ein erster Schritt dafür wäre die Einführung einer nach Ländern aufgeschlüsselten einheitlichen Finanzberichterstattung. Doch selbst zu diesem ersten Schritt ist die EU-Kommission (außer bei Banken sowie in der Rohstoff- und Forstindustrie) nach wie vor nicht bereit und will dazu lediglich weitere Konsultationen abhalten.
(1) Zwischen 1985 und 2014 ist die reguläre Körperschaftssteuer im EU-Schnitt von 51 auf 22,5 Prozent gefallen - Ausnahmen und Steuertricks nicht eingerechnet.
(2) Der "Nexus"-Ansatz verlangt eine starke Verbindung zwischen dem
Forschungs- und Entwicklungsort einerseits und dem Ort der Besteuerung für Patente und Lizenzen andererseits. Doch die Zuordnung eines Patents eines multinationalen Konzerns zu einem Rechtsraum ist oft gar nicht möglich. Zudem sind auch Gewinne aus der Nutzung von Patenten kaum berechenbar. Findigen Steuerabteilungen der Konzerne und versierten Steuerberatungsfirmen wird es immer gelingen, steuerlich begünstigende Einkünfte in Zusammenhang mit einem Patent zu bringen.
Attac-Kampagne für eine Gesamtkonzernsteuer:
  www.attac.de/konzernbesteuerung
Für Rückfragen und Interviews:
* Markus Henn, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern, Tel. 0176 3763 0916
* Karl-Martin Hentschel, Attac-AG Finanzmärkte und Steuern, Tel. 0175 245 3711
* Markus Meinzer, Tax Justice Network, Tel. 0178 340 5673

Frauke Distelrath
Pressesprecherin Attac Deutschland
Münchener Str. 48
60329 Frankfurt/M
Tel.: 069 900 281-41
Fax: 069 900 281-99
0151 6141 0268
Mail: presse@attac.de
<img src="http://www.pressrelations.de/new/pmcounter.cfm?n_pinr_=593834" width="1" height="1">

Pressekontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

presse@attac.de

Firmenkontakt

Attac Deutschland

60329 Frankfurt/M

presse@attac.de

Attac - die französische Abkürzung für Vereinigung zur Besteuerung von Finanztransaktionen im Interesse der BürgerInnen ? wurde 1998 in Frankreich gegründet. Lag der ursprüngliche Fokus von Attac in dem Eintreten für eine demokratische Kontrolle der internationalen Finanzmärkte und der Einführung der Tobin-Steuer, so haben wir uns mittlerweile der gesamten Problematik neoliberaler Globalisierung angenommen.Mit 90.000 Mitgliedern in 50 Ländern versteht sich Attac als Teil dieser globalen Bewegung. Auch in Deutschland bildet Attac ein breites gesellschaftliches Bündnis, das von ver.di und der GEW über den BUND und Pax Christi bis zu kapitalismuskritischen Gruppen unterstützt wird. Immer mehr Menschen unterschiedlicher politischer und weltanschaulicher Herkunft werden in den mittlerweile über 160 Attac-Gruppen vor Ort aktiv.Attac versteht sich als Bildungsbewegung mit Aktionscharakter und Expertise. Über Vorträge, Publikationen, Podiumsdikussionen und eine intensive Pressearbeit werden die komplexen Zusammenhänge der Globalisierungsthematik einer breiten Öffentlichkeit vermittelt und Alternativen zum neoliberalen Dogma aufgezeigt. Mit Aktionen soll der notwendige Druck auf Politik und Wirtschaft zur Umsetzung der Alternativen erzeugt werden.